

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: 896846 ppbn d
Telefax: 91520-12

Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB zum Ausgang der US-Präsidentenwahlen: Clintons Sieg ist ein wichtiges Signal.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Massendemonstration am 4. November 1989: Auf dem Alexanderplatz artikuliert sich der Wille zum demokratischen Aufbruch.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB zu Krauses Beschleunigungsgesetz.

Seite 2

Ottmar Schreiner zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen: Konjunkturreinbruch schlägt am Arbeitsmarkt durch.

Seite 3

Gerhard Schmid MdEP zur Verwaltungsunfähigkeit des Bundesinnenministers.

Seite 4

47. Jahrgang / 213

4. November 1992

Clintons Sieg ist ein wichtiges Signal auch im Hinblick auf die politische Entwicklung in Deutschland

Von Hans-Ulrich Klose MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Ich gratuliere dem amerikanischen Wahlsieger Bill Clinton zu seinem großartigen Erfolg. Sein Wahlsieg kommt nicht unerwartet. Der Wunsch der amerikanischen Wählerinnen und Wähler nach Veränderung und die Zustimmung zum Regierungsprogramm der Demokratischen Partei sind in den letzten Wochen und Monaten kontinuierlich gewachsen. Wir Sozialdemokraten sehen darin wichtige Signale im Hinblick auf die politische Entwicklung in unserem eigenen Land.

Wir wollen die transatlantischen Beziehungen mit der neuen Regierung auf eine neue, breite Grundlage stellen, die weit stärker als bisher die politische, wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit einbezieht.

Wir wünschen dem neuen Präsidenten vollen Erfolg bei dem Versuch die US-amerikanische Wirtschaft wiederzubeleben und neues Vertrauen in einen Aufschwung herzustellen.

Wir begrüßen, daß der neue Präsident an einem freien Handel interessiert ist und sich der entscheidenden Rolle der USA bei der Überwindung der weltweiten Wachstumsschwäche bewußt ist.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Außenpolitik ist eine erfolgreiche Innenpolitik. Dabei geht es nicht nur um solide Finanzen und stabiles Geld. Es geht auch um soziale Gerechtigkeit und die Schaffung eines breiten sozialen Konsenses.

Wir müssen alles tun, um die Rolle der Vereinten Nationen zu stärken: bei der Verhütung und Eindämmung von Konflikten und bei der Sicherung einer wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung in allen Teilen der Welt.

Die Dynamik des konventionellen und nuklearen Abrüstungsprozesses muß erhalten bleiben.

Das offene, multilaterale Handelssystem muß verbessert und ausgebaut werden.

Ohne große zusätzliche Anstrengungen in den führenden Industrieländern, insbesondere in den USA, können die natürlichen Lebensgrundlagen nicht erhalten und insbesondere auch die Ziele der auf dem "Erdgipfel" in Rio unterzeichneten Klimakonvention nicht erreicht werden.

(-/4. November 1992/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Primärfaser-Übersatz
mit verschleißfesten
Kreuzlag-Papier



**Auf dem Alexanderplatz artikulierte sich der Wille zum demokratischen
Aufbruch**

Von Gert Weisskirchen MdB

Der 4. November 1989: das war der Tag, der die Mauern der Angst einstürzen ließ. Auf dem Platz, auf dem lange Jahrzehnte die Macht des bürokratischen Kommunismus deutscher Prägung selbstgefällig aufmarschierte, brach sich bürgerschaftlicher Mut seine Bahn. Der Platz des Franz Biberkopf, auf dem er schon gestorben war, bevor sein Tod an ihm vollstreckt wurde, der Alexanderplatz, wurde zur Arena für einen neuen Anfang. Die großen Reden von Stefan Heym und Friedrich Schorlemmer, von Christoph Hein und Steffi Spira drückten den Willen zum demokratischen Aufbruch aus. Sie brachen mit den Demütigungen, die eine menschenverachtende Staatsmaschine Altzuvielen zugefügt hatte. Und sie kündeten von der Zeit des Aufbruchs aus den Ruinen einer vergehenden Diktatur. Der aufrechte Gang wollte gelehrt werden. Und die Künstler und Autoren, die Theaterleute und Musiker zeigten ihn.

Die Ruhe des Volkes, das sich seiner eigenen Kraft gewiß wird, spiegelte sich in den Worten derer, die für es sprachen. Sie öffneten die Fäuste. Sie verschlossen den Fluchweg der Gewalt. Sie stärkten die Hoffnung auf einen neuen Anfang. Fünf Tage später, als die Mauer aus Stein gefallen war, dankte Willy Brandt der "stillen Revolution, die die bisherige Spaltung Deutschlands hinter sich lassen wird." Noch ist sein prophetischer Satz nicht Wirklichkeit geworden. Noch lebten wir in zwei deutschen Gesellschaften, die ihre Zerrissenheiten erst überwinden müssen. Der 4. November 1992: trennt uns nicht eine Welt von dem unerhörten Ereignis des friedlichen Umbruchs?

Der deutsche Herbst unserer Tage: ist eine Zeit der Abschiede angebrochen - von großen Persönlichkeiten, von unverzichtbaren Werten, die unserer Republik Züge von Toleranz und Verzeihung gegeben haben?

Wir werden die Beklemmung en durchbrechen, die uns gegenwärtig zu lähmen drohen, wenn wir den Herbst 1989 nicht nostalgisch zu erklären suchen. Der 4. November 1989 wird der Sozialdemokratie Aufruf bleiben: zu widerstehen gegen Unrecht, aufzustehen gegen Gewalt, auszubrechen aus dem Gefängnis der Angst, aufzubrechen für eine sich erneuernde Demokratie. Damit sich nicht wieder Eis legt auf Deutschland. Damit unsere Republik eine Heimat bleibt für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

(-/4. November 1992/rs/ks)

**Krauses "Planungs-Vereinfachungs-Gesetz": ein weiterer Schritt zu
autoritär-bürokratischen Planungsverfahren**

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Oktober 1991 mit ihrem Planungsbeschleunigungsprogramm aufgezeigt, wie bundeseinheitlich Verkehrswegeplanungen beschleunigt werden können, ohne daß Bürgerrechte und Umweltbelange auf der Strecke bleiben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich auf die Straffung behördlicher Abstimmungsverfahren und auf eine Verbesserung des Projektmanagements und tragen damit der von allen Planungsexperten unterstrichenen Tatsache Rechnung, daß die Bremser in erster Linie in den Amtsstuben sitzen.

Die geplante Schnellbahnstrecke Köln-Frankfurt ist ein eindrucksvoller Beleg dafür: Seit mehr als zehn Jahren streiten sich Bürokraten und Politiker, allen voran das Verkehrsministerium, ohne daß bisher ein förmliches Verfahren und eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hätte.

Bundesverkehrsminister Krause beharrt jedoch nach wie vor auf der Fehleinschätzung, man müsse nur die Bürgerbeteiligung und die Umweltverträglichkeitsprüfung zusammenstutzen, und schon ginge alles wie von selbst.

Der heute vom Kabinett abgesegnete Entwurf eines "Planungs-Vereinfachungs-Gesetzes" für ganz Deutschland übernimmt blind die Instrumente des bisher nur für die neuen Länder geltenden Beschleunigungsgesetzes, ohne daß von dort überhaupt erste Erfahrungen vorliegen. Und dies, obwohl bei der Verabschiedung des Beschleunigungsgesetzes ausdrücklich betont wurde, man wolle zunächst die Praxiserfahrungen mit diesem Gesetz auswerten, bevor über eine bundesweite Anwendung entschieden werden solle!

Krauses neues Gesetz geht sogar noch weiter: In Zukunft soll das Parlament bei Großprojekten die Linienbestimmung durch Gesetzesbeschluß vornehmen.

Hier gilt die gleiche Kritik wie bei den sogenannten Investitionsmaßnahmegesetzen für die Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit": Wenn das Parlament seine Aufgabe ernst nimmt, muß es alle Aspekte einer Planung eingehend würdigen und darf sich nicht auf die Vorgaben der Bürokratie verlassen. Dann aber wird keine Zeit eingespart - das Gegenteil ist der Fall!

Das Fazit: Verkehrsminister Krause vertut Zeit, setzt die Akzeptanz von Verkehrsprojekten bei der Bevölkerung aufs Spiel und opfert den Umweltschutz zugunsten autoritär-bürokratischer Verfahren!

Der SPD-Antrag hat dagegen gangbare Wege zu einer effektiven Planungsbeschleunigung ohne solche Einschnitte in demokratische Rechte aufgezeigt. Der Verkehrsminister hätte auf diesem Wege längst eine konsensfähige Planungsbeschleunigung erreichen können, statt die Konfrontation mit Bürgern und Umweltschutz weiter anzuhetzen.

(-/4. November 1992/rs/ks)

Konjunkturreinbruch schlägt am Arbeitsmarkt durch

Zu den neuesten von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Arbeitsmarktzahlen

Von Ottmar Schreiner MdB

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitsmarktzahlen vom Oktober zeigen, daß die jüngste Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute richtig ist. Konjunkturbereich schlägt jetzt voll durch. Die Zahl der Arbeitslosen im Westen überschreitet das Vorjahresniveau um 231.000 oder 14,5 Prozent. Ein weiterer Anstieg ist vorprogrammiert, da die Arbeitsmarktentwicklung der Wirtschaftsentwicklung erst mit zeitlicher Verzögerung folgt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten 1993 sogar über zwei Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt. Dazu kommt, daß bereits 130.000 Arbeitslose (Paragraph 105 a bis c Arbeitsförderungsgesetz) statistisch nicht erfaßt werden.

Im Osten ist die Konjunktur weniger spürbar, vielmehr der generelle Umbruch von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit hat sich weiter verfestigt. 1,1 Millionen Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 13,5 Prozent sind dabei sogar nur die halbe Wahrheit. Weit überdurchschnittlich sind Frauen mit einer Quote von 18,8 Prozent betroffen. Wegen der völlig veralteten Bezugsbasis für die Beschäftigung (November 1990) ist die Arbeitslosenquote statistisch ohnehin zu niedrig ausgewiesen. Die Bundesregierung sieht sich allerdings nicht einmal in der Lage, eine qualifizierte Schätzung für eine realistischere Arbeitslosenquote vorzulegen.

Dabei steht fest, daß die Beschäftigung von 1990 bis heute um mehr als ein Drittel oder circa 3,5 Millionen abgenommen hat. Hinzu kommt, daß ein Teil der Arbeitskräfte in den Westen abgewandert ist und ein anderer sich in die stille Reserve zurückgezogen hat. Daß die offene Arbeitslosigkeit nicht noch höher ausfällt, liegt im wesentlichen an den umfangreichen arbeits-

marktpolitischen Maßnahmen, Altersübergangsgeld hat mit 569.000 Teilnehmern sogar einen Höchststand erreicht.

Die neuen Zahlen belegen eindrucksvoll, daß die von der Regierungskoalition beschlossenen Einschnitte bei der Arbeitsförderung absolut kontraproduktiv sind. Die SPD warnt davor, ausgerechnet in dieser labilen Situation mit weiteren Kürzungen bei Sozialleistungen die Verhandlungen für einen Solidarpakt zu belasten. Abzulehnen ist auch ein erneuter Verschiebebahnhof zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherung.

(-/4. November 1992/rs/fr)

Die hohe Zahl von Asylbewerbern ist das Ergebnis der Verwaltungsunfähigkeit des BundesInnenministers

Von Gerhard Schmid MdEP

Die unglaublich nachlässige Führung des Bundesamtes für Asyl durch Bundesinnenminister Seiters führt zu extremen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Die dadurch verursachte lange Verfahrensdauer bewirkt, daß nirgendwo in Europa so viele Asylanträge gestellt werden, wie in Deutschland.

Je mehr man nachprüft, umso tiefer wird der Abgrund an Verwaltungsfähigkeit! Eine Verfassungsänderung, die das heilt, muß erst noch erfunden werden.

Der Stau von inzwischen mehr als 400.000 unerledigten Asylanträgen ist nicht das Ergebnis des individuellen Grundrechts auf Asyl im Grundgesetz. Es ist vielmehr das Ergebnis einer völlig mangelhaften Ausstattung des Bundesamtes für Asyl.

Das Mißverständnis zwischen der Zahl von Entscheidern (1.500) und der Zahl der Anträge, sowie der Mangel an Sekretärinnen, Photokopierkapazitäten und Registraturpersonal beim Bundesamt, führen dazu, daß getroffene Entscheidungen wochenlang nicht zugestellt werden.

Akten, die von den Gerichten angefordert werden, lassen oft Monate auf sich warten. Hinzu kommt der Zuständigkeitsstreit zwischen Bund und Länder, der jahrelang gesplittete Zuständigkeit und Aktenführung mit immensen Reibungsverlusten bewirkt hat. Bis heute ist es nicht gelungen, eine klare Zuständigkeit des Bundes zu schaffen.

Durch gerichtliche Nachprüfung verdoppelt sich die Zahl der Anerkennungen. Die falsche Anerkennungspraxis des Bundesamtes belastet so unnötig die Verwaltungsgerichte.

Eine rasche Abschiebung ausweisloser Ausländer nach beendigem Asylverfahren setzt Rücknahmeabkommen voraus. Auch hier hat die Bundesregierung Schlafmützigkeit bewiesen. Eine Verfassungsänderung löst diese Probleme nicht. Sie kann auch die Anhörung jedes einzelnen Asylbewerbers nicht ersetzen, da die Bundesrepublik die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat.

Meine Forderung an die Bundesregierung lautet deshalb:

- o umgehend die personelle und technische Ausstattung des Bundesamtes zu verbessern,
- o Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern auszuhandeln und
- o endlich Bürgerkriegsflüchtlinge und Einwanderer aus dem Asylverfahren herauszunehmen.

Eine Änderung des Artikels 16 GG kann, auf der Grundlage der bisherigen Beschlußlage der SPD, nur in einem Punkt die Lage entschärfen: bei der Anerkennung der Asylentscheidungen anderer europäischer Staaten. Durch eine Ausweitung des Schengener Vertrages auf die osteuropäischen Staaten kann an der Ostgrenze Deutschlands eine Pufferzone geschaffen werden.

Das ist auch die innere Logik des Vorschlages des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, der eine vernünftige Grundlage für eine mögliche Änderung des Artikel 16 GG darstellt.

(-/4. November 1992/rs/fr)
